Landtag
Nordrhein-Westfalen
17. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 17/689
04.07.2019

Ausschuss für Gleichstellung und Frauen

24. Sitzung (öffentlich)

4. Juli 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:15 Uhr

Vorsitz: Regina Kopp-Herr (SPD)

Protokoll: Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 RückHalt-M *(s. Anlage)* **3**

Bericht der Beratungsstelle für von sexueller Gewalt betroffene Männer

Der Ausschuss führt ein Gespräch mit Agnes Zilligen (RückHalt e. V.).

2 Jeder Fall ist ein Fall zu viel – alle Kräfte mobilisieren für den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Missbrauch **13**

Antrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/5066 (Neudruck)

Ausschussprotokoll 17/673

Der Ausschuss nimmt den Antrag einstimmig an.

3 Genitalverstümmelung ist eine Menschenrechtsverletzung – Verletzungen von Körper und Seele von Kindern, Mädchen und Frauen entschieden entgegentreten 16

Antrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/5067
Drucksache 17/6241

In Verbindung mit:

Genitalverstümmelung – wirksame Hilfe für die Opfer

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/5071

Ausschussprotokoll 17/648

Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit den Drucksachen 17/5067 und 17/6241 mit den Stimmen von CDU, FDP, SPD und Grünen gegen die Stimmen der AfD zu.

Den Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/5071 lehnt der Ausschuss mit den Stimmen von CDU, FDP, SPD und Grünen gegen die Stimmen der AfD ab.

4 Bericht zur 29. Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder (29. GFMK) 19

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2227

– Aussprache zum Bericht

* * *

1 RückHalt-M *(s. Anlage)*

Bericht der Beratungsstelle für von sexueller Gewalt betroffene Männer

Agnes Zilligen (RückHalt e. V.) berichtet anhand der dem Protokoll beigefügten Präsentation *(s. Anlage)*:

Vielen Dank für die Einladung. Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Von Gewalt betroffene Männer sind zunehmend ein Thema. Ich freue mich sehr, dass wir die Gelegenheit haben, Ihnen unser Pilotprojekt RückHalt-M heute hier vorzustellen.

Bevor ich auf das konkrete Projekt eingehe, möchte ich Ihnen noch kurz einen Eindruck vermitteln, in welchem Kontext diese Arbeit steht. RückHalt e. V. ist ein gemeinnütziger Trägerverein und seit 1981 als spezialisierte Beratungsstelle für von sexualisierter Gewalt betroffene Frauen und Mädchen aktiv. Seit 2017 hat der Verein den Namen RückHalt e. V.

Warum haben wir als Frauenberatungsstelle uns überhaupt mit dem Thema „von sexueller Gewalt betroffene Männer“ beschäftigt? – Das geht zurück auf das Jahr 2010. 2010 war das Jahr, in dem vor allen Dingen sexueller Missbrauch in Institutionen, der Odenwaldschule, in Internaten und im kirchlichen Kontext öffentlich geworden ist und in dem über einen sehr langen Zeitraum auch diese Thematik in den Medien präsent war.

In der Beratungsstelle Frauennotruf wurden wir zunehmend von betroffenen Männern angefragt, die eine sehr hohe Hemmschwelle überwinden mussten, diesen Schritt zu gehen und sich überhaupt beim Frauennotruf zu melden. Für uns war damals dann sehr schnell klar, dass es für betroffene Männer keine Infrastruktur gibt außerhalb der ganz klassischen Psychotherapie. Das Leid, der Druck der betroffenen Männer war bei uns so umfassend angekommen, dass wir uns entschieden haben, eine Krisenintervention einzurichten und vorzuhalten. Wir dachten eigentlich alle, das wäre nur vorübergehend, bis diese Thematik in irgendeiner Form auch wieder abflaut oder es weitere Entwicklungen geben würde. Dies war dann nicht der Fall.

Obwohl wir keinerlei Werbung oder Veröffentlichungen darüber gemacht haben in den Folgejahren, dass wir auch von sexueller Gewalt betroffene Männer beraten, haben sich immer wieder einzelne selbst betroffene Männer gemeldet, aber in einer relativ großen Anzahl vor allen Dingen männliche Angehörige und Bezugspersonen von Opfern von sexueller Gewalt. Das war für uns auch erst einmal überraschend. Wir haben es in den Zusammenhang gestellt, dass diese ursprüngliche Idee, dass sich auch Männer bei uns Unterstützung holen könnten, dann auch die männlichen Bezugspersonen im Umfeld von betroffenen Frauen aktiviert hat, sich bei uns zu melden.

2017 hat der Verein seinen Namen geändert. Die Zielsetzung war nicht: Nach der Namensänderung wollen wir auf jeden Fall auch betroffene Männer beraten. – Aber

sicherlich hat diese Namensänderung auch bei uns vereinsintern mit den Vorstandsfrauen die Entwicklung noch einmal befördert. Unter den Begriff „Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen“ hätte auch ein Angebot für betroffene Männer definitiv einfach nicht gepasst.

Wir sind zurzeit sechs hauptamtliche Fachkräfte, die sich knapp vier Stellen aufteilen für die beiden Beratungsstellen gegen sexualisierte Gewalt in Aachen und Stolberg. Hinzu kommen eine Honorarkraft für RückHalt-M mit im Durchschnitt sechs Stunden in der Woche und verschiedene Honorarkräfte für Präventionsprojekte. Der Umfang hängt jeweils von den Finanzierungsoptionen ab. Darüber hinaus hat der Verein 16 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen, teils Vereinsmitglieder, teils freie Mitglieder, Vorstand natürlich. Diese ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen leisteten im letzten Jahr zum Beispiel im Durchschnitt 17 Stunden pro Woche. Die Ehrenamtlichen sind nicht in der direkten Beratung aktiv. Das ist den Fachkräften überlassen.

RückHalt-M ist als Beratungsstelle am Standort Aachen ausgerichtet auf die gesamte Städteregion. Das heißt, es gibt keine Unterteilung. Wir haben auch gesagt, dass wir keine Begrenzung nur auf das Stadtgebiet vornehmen wollen, sondern dass wir die gesamte Städteregion als Einheit in den Blick nehmen wollen.

Zur Finanzierung der Einrichtungen gegen sexualisierte Gewalt: Wir erhalten vom Land Zuschüsse zu zwei Einrichtungen, Stadt Aachen und Altkreis Aachen. Von der Städteregion Aachen erhalten wir einen Zuschuss für das Gesamtpaket. Zusätzlich brauchte es im letzten Jahr einen Eigenanteil in Höhe von 37.000 Euro, um die beiden Beratungsstellen für Frauen und Mädchen sicherzustellen. Dazu kommen noch die Finanzierung und der Personalaufwand für RückHalt-M als separate Beratungsstelle für betroffene Männer.

In Aachen in der Franzstraße 107 haben wir zwei komplett unabhängige separate Räume, einmal für die Beratungsstelle für Frauen und Mädchen, und auf derselben Etage haben wir kleine Räumlichkeiten anmieten können, um RückHalt-M zu etablieren. Das ist auch ausgesprochen wichtig und gehört auch zum Grundkonzept für beide Beratungseinrichtungen, dass es einen Schutzraum gibt, dass betroffene Frauen in unserer Beratungsstelle nicht Männern begegnen müssen, dass aber genauso auch Männer anonym und geschützt die Beratungsstelle aufsuchen können.

Dass wir das neue Projekt RückHalt-M überhaupt ins Leben gerufen haben, hatte sehr viel damit zu tun, dass unsere Vorstandsfrauen und auch das hauptamtliche Team gesagt haben: Wir halten es für machbar und möglich, dass wir die Finanzierung schaffen. – Bisher gibt es ja noch keine Fördermittel, die man hätte in Anspruch nehmen können. Das heißt, RückHalt e. V. fördert die RückHalt-M-Beratungsstelle aus Eigenmitteln. Es ist uns im letzten Jahr gelungen, Zuschüsse von der Glücks-Spirale zu gewinnen. Aber die machen nur einen Teil der Kosten aus.

Die Diskussionen in unserem Verein waren über längere Zeit sehr kontrovers. Es gab durchaus auch Stimmen, die gesagt haben – das kennen Sie vielleicht auch von anderen Frauenberatungsstellen –: Wenn es spezialisierte Angebote für Männer geben sollte, dann müssen die in andere Hände gegeben werden, oder es sollen

Männer sein, die sich des Themas annehmen und für die entsprechende Infrastruktur sorgen. – Wir haben bei RückHalt e. V. genau die Synergieeffekte in den Blick genommen und haben gesagt: Es gibt die Fachinformationen und die Kompetenz in diesem gesamten Themenfeld „sexualisierte Gewalt“ innerhalb unseres Vereins, innerhalb der Beratungsstellen für Frauen. Das ist Synergie, die uns wichtig war, mitzunehmen in den Aufbau eines neuen Angebotes. Wir haben natürlich interdisziplinäre regionale und überregionale Vernetzungen und Kooperationen im Themenfeld – das ist auch klar – ausdrücklich nicht für die Zielgruppe betroffene Männer. Aber es gibt vielfältige Überschneidungen, von denen wir uns vorgestellt haben, dass die sich sehr gut nutzen lassen auch für das Angebot für Männer.

Präventionsarbeit und Öffentlichkeitsarbeit sind seit fast 40 Jahren Aufgabengebiete von RückHalt bzw. Frauennotruf. Dazu kommen die Erfahrungen mit der Entwicklung, dem Aufbau und auch der Weiterentwicklung von neuen Angeboten, wie wir es für Teilbereiche der Frauennotrufe in Aachen und für die Region gemacht haben.

Wir wollten also keinen neuen Trägerverein gründen. Wir wollten keine anderen Akteure noch mühsam aktivieren für ein neues Angebot, sondern wir versuchen, es aus eigener Kraft von innen heraus zu schaffen.

Natürlich gibt es sehr viele Herausforderungen und Hemmnisse. Das größte ist einfach, dass es fachliche und spezialisierte Angebote landesweit, aber eben auch bundesweit so gut wie gar nicht gibt. Es gibt einige wenige Beratungsstellen. Wir hatten auch mit Frau Farhan-Dorn und ihrem Kollegen schon von Anfang an Kontakt. Gibt es da Möglichkeiten, in einen Austausch und in die Vernetzung zu kommen? Alle Strukturen, die fachlich und auch politisch der Beförderung dienen könnten, sind leider noch ganz dünne Fäden, die auch über weite Strecken gesponnen werden müssen, sodass es uns zum Beispiel bisher noch nicht möglich war, uns mit den Kolleginnen und Kollegen aus Bielefeld oder Münster zu treffen und zusammenzusetzen.

Eine große Herausforderung ist auch einfach der Aufwand, der betrieben werden muss ehrenamtlich aus der Vereinsstruktur heraus, um die erforderlichen Eigenmittel für ein solches Projekt erfolgreich aufzutreiben.

Wir als Akteurinnen wünschen uns und wünschen es vor allen Dingen auch denen, die noch auf dem Punkt null sind für ihre Stadt oder ihre Region, dass es gesicherte Grundlagen gibt, auf deren Basis dann mit gesellschaftlichem Engagement die Weiterentwicklung betrieben werden könnte.

Unsere Überzeugung ist es auch, dass es ohne die politische Positionierung und konkrete Beschlüsse absehbar keine flächendeckenden Hilfestrukturen für betroffene Männer geben wird.

Umso mehr freuen wir uns über die Einladung, um Ihnen unsere Erfahrungen heute hier vorstellen zu können.

Im Herbst letzten Jahres haben wir dann offiziell und öffentlich die Beratungsstelle RückHalt-M eröffnet.

Fakt ist, dass wir dieses Projekt ohne finanzielle Mittel überhaupt nicht hätten starten können. Wir hätten es auch nicht verantwortlich gefunden, wenn wir nicht zumindest zwei bis drei Jahre das Projekt hätten sicherstellen können, um Erfahrungen zu machen und um in dieser Zeit eventuelle weitere Geldquellen zu erschließen.

Im letzten Jahr hat das Gesamtbudget von RückHalt-M etwa 20.000 Euro betragen. Davon haben wir über die Lotterie GlücksSpirale 8.000 Euro erhalten. In diesem Jahr erhöhen sich sowohl der Zuschuss als auch die Kosten. Das heißt, wir liegen bei mindestens 28.000 Euro als Gesamtbudget. Sie haben das vielleicht noch im Kopf: sechs Stunden männliche Honorarkraft pro Woche. Das ist wirklich nicht viel. Das ist unter anderem auch ein Grund dafür, dass ich heute alleine hier sitze und Herr Giancoli nicht mitgekommen ist. Denn durch so einen Termin wäre für zwei Wochen seine Arbeitszeit mehr oder weniger erschöpft. Deshalb habe ich aus dem Projektteam keine andere Person mitgebracht. Natürlich gibt es Aufgaben, die wir gerne ausbauen würden, die wir gerne umfangreicher anbieten würden, wenn wir mehr Mittel hätten.

Dass wir erst im Herbst letzten Jahres offiziell gestartet sind, lag daran, dass wir bis zum Spätsommer keine Honorarkraft finden konnten, die sich auf die Rahmenbedingungen eingelassen hat, auf den kleinen Umfang von sechs Stunden und das Honorar. Einige männliche Kollegen, die wir aktiv angefragt haben und von denen wir wussten, dass die zumindest teilweise freiberuflich in der sozialen Landschaft unterwegs sind, haben das abgelehnt. Herr Giancoli ist sehr engagiert in dem Thema und fest davon überzeugt, dass wir das Projekt erfolgreich weiterführen können, sodass er sich auf diese Rahmenbedingungen zunächst einmal befristet eingelassen hat. Dafür sind wir auch sehr dankbar.

Wir arbeiten mit volljährigen Männern und nicht mit Jugendlichen oder Kindern. Dafür müsste es einen ganz anderen Aufbau und eine ganz andere Grundlage geben. Wir haben diesen Fokus gewählt, weil das auch die Zielgruppe war, die von sich aus in der Vergangenheit den Kontakt zum Frauennotruf gesucht hat.

Diverse Personen haben die Möglichkeit, zu wählen, ob sie bei RückHalt e. V. in der Beratungsstelle für Frauen und Mädchen Unterstützung erhalten möchten oder sich an RückHalt-M wenden.

Die Angebote von RückHalt-M orientieren sich im Wesentlichen parallel sehr deckungsgleich an den Angeboten, die auch Frauen und Mädchen erhalten. Der Schwerpunkt liegt auf psychologischer Beratung, Krisenintervention, Traumaberatung und natürlich auch auf der Unterstützung, wenn Anzeige erstattet werden soll. Da wir bei RückHalt e. V. zwei Kolleginnen mit der Zusatzqualifikation psychosoziale Prozessbegleitung haben, bieten wir das quasi über RückHalt e. V. auch für RückHalt-M mit an – natürlich im Umfang der finanziellen Möglichkeiten. Da sind einfach die Grenzen sehr eng gesteckt.

Im Jahr 2018 haben RückHalt-M neun selbst betroffene Männer in Anspruch genommen, 27 Angehörige und Bezugspersonen und sieben männliche Fachkräfte.

Die Beratung erfolgte grob im Umfang von rund 200 Stunden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass wir ja erst nach den Sommerferien mit der Beratungsstelle starten konnten.

Vernetzung und Kooperation mit anderen vergleichbaren Einrichtungen steht ganz oben auf unserer Wunschliste.

Grundvoraussetzung war: Wir möchten auf jeden Fall eine Wahlmöglichkeit für Betroffene anbieten. Möchte der Betroffene lieber von einer Beraterin beraten werden, oder möchte er lieber von einem männlichen Kollegen Unterstützung in Anspruch nehmen? – Diese konzeptionelle Voraussetzung beruht auf den Erfahrungen der letzten neun Jahre. Bei den Frauennotrufen steht sehr im Vordergrund, dass Frauen in diesem Themenfeld von Frauen beraten werden möchten. Das ist bei Männern anders, weil der Großteil der Männer von männlichen Tätern missbraucht wurde – bei sexuellem Missbrauch in der Kindheit zum Beispiel – und die sich dann größtenteils nicht vorstellen können, dass sie bei einem Mann die Beratungsgespräche in Anspruch nehmen. Das heißt, für diese Teilzielgruppe steht eine weibliche Kollegin für die Beratung zur Verfügung. Es gibt aber auch Betroffene, bei denen Frauen die Täterinnen waren, die in den Fällen dann häufig lieber einen Mann als Gegenüber für die Beratung möchten. Vor allen Dingen gibt es sehr viele – das ist eine Erfahrung aus dem letzten Jahr, die uns selber ein bisschen überrascht hat – Angehörige und Bezugspersonen, die sich, wenn sie die Wahl haben, von einem männlichen Berater unterstützen lassen möchten.

Um das Thema „sexualisierte Gewalt gegen Männer“ zu befördern, aber auch um den Rückhalt für RückHalt-M in der Region zu verstärken, haben wir im Mai diesen Jahres einen ehrenamtlichen externen Beirat gründen können. Wir haben drei Personen gefunden, die interessiert sind, mit uns gemeinsam als Beirat das Projekt RückHalt-M in die Zukunft zu begleiten und zu unterstützen.

Das ist erstens der Leiter der Jugend- und Drogenberatung der Suchthilfe Aachen Peter Schlimpen, der auch über seine eigene hauptberufliche Arbeit Kontakt zu Betroffenen hat. Das ist ja auch bekannt, dass Opfer von sexualisierter Gewalt häufig drogenabhängig sind und Suchtprobleme haben.

Das ist zweitens Frau Professor Marianne Genenger-Stricker, Professorin an der Katholischen Hochschule in der Abteilung Aachen, die vor allen Dingen ihr wissenschaftliches Know-how für die Begleitung unseres Projektes einbringen möchte, aber genauso auch ihre Aufgabe und ihre Rolle darin sieht, dass sie zwischen dem theoretischen Lernen an der Hochschule und unserem Praxisprojekt eine Schnittstelle bilden kann und wir da noch intensiver mit der Hochschule in den Austausch kommen können, was die praktische Ausbildung zukünftiger Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter anbelangt.

Der Dritte im Bunde unseres Beirates ist Herr Gawlak. Der ist Diplom-Sozialarbeiter im Ruhestand. Irgendwie war das Timing sehr passend, da er eine aktive Aufgabe suchte im sozialen Bereich. Er fand das Thema sehr spannend. Wir hatten auch schon vorher als Frauennotruf über viele Jahre Kontakt zu ihm. Sich für das Thema

„sexualisierte Gewalt“ einzusetzen und vor allen Dingen auch Spenden zu akquirieren, ist sein Hauptschwerpunkt auch künftig in diesem Beirat.

Zu keiner Zeit ist öffentlich so deutlich geworden, dass unsere Gesellschaft beim Thema „sexuelle Gewalt“ versagt hat. Das kann man gerade heute sagen und vor allen Dingen angesichts der Fälle in Lügde, die zeigen, wie viele Betroffene es gibt von wenigen Tätern.

Es geht darum, einen geschützten Raum für alle Betroffenen zu schaffen, für Frauen, Mädchen, Jungen und Männer. Das lässt sich nur gemeinsam bewerkstelligen. Wir als Fachkräfte und auch als engagierte Frauen im gemeinnützigen Verein RückHalt e. V. und auch im RückHalt-M-Team stehen dafür zur Verfügung. Wir haben auch ein großes Interesse daran, dass unsere Erfahrungen auch in zukünftige Projekte in ganz NRW einfließen.

Vorsitzende Regina Kopp-Herr merkt an, es habe sie sehr beeindruckt, dass Frau Zilligen aufgezeigt habe, dass es 16 ehrenamtliche Mitarbeiter gebe. Gutes ehrenamtliches Engagement brauche aber auch ein gut funktionierendes Hauptamt, eine Begleitung, Schulungen und Supervision. Deswegen interessiere sie, in welcher Form das stattfinde.

Bianca Winkelmann (CDU) erkundigt sich, welche Fachkräfte sich bei RückHalt-M meldeten.

Sie gehöre dem Landtag seit sieben Jahren an und habe in der letzten Legislaturperiode schon sehr dafür gekämpft, dass es auch für Jungen und Männer solche Angebote gebe, so **Susanne Schneider (FDP)**. Umso mehr freue sie sich über die Ausweitung der Angebote.

Sie habe die Frage, welche Männer Hilfe suchten, ob die einen Migrationshintergrund hätten und wo die Gewalt erfahren hätten.

Beim Standort Aachen interessiere sie, ob auch eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit stattfinde.

Die Wahlmöglichkeit zwischen männlichen und weiblichen Beraterinnen finde sie grandios.

Viele Beratungsprojekte böten ja auch eine Onlineberatung an. Sie wolle gerne wissen, ob RückHalt-M das auch mache. Sie sei eine Freundin von niedrigschwelligen Angeboten.

Josefine Paul (GRÜNE) stellt die Frage, wie die Informationen über dieses Angebot verbreitet würden.

Sie wolle auch gerne wissen, mit welchen Gewalterfahrungen sich Männer an RückHalt-M wendeten. Frau Zilligen habe angedeutet, dass oftmals Missbrauchserfahrungen in der Kindheit gemacht worden seien.

Sie habe außerdem die Frage, welche Art der Unterstützung die Männer erwarteten.

Sie bitte Frau Zilligen um ihre Einschätzung zur Verfügbarkeit von Fachkräften im Bereich gewaltbetroffene Männer.

Eva Lux (SPD) bedankt sich bei Frau Zilligen für ihren langjährigen Einsatz und für das, was sie in der Kürze der Zeit mit RückHalt-M auf die Beine gestellt habe.

Sie interessierten die Zugangswege der Männer zu RückHalt-M und ob sich diese Zugangswege von denen unterschieden, die Frauen üblicherweise zu Beratungsstellen hätten.

Sie interessiere, ob sich ein bestimmtes Altersspektrum der Männer besonders offen für Hilfeangebote zeige.

Sie wolle auch gerne wissen, ob sich in der kurzen Zeit bereits Unterschiede in den Beratungs- und Unterstützungsbedürfnissen zwischen Frauen und Männern gezeigt hätten.

Heike Troles (CDU) hebt hervor, dass sich die von CDU und FDP geführte Landesregierung als erste Landesregierung in Nordrhein-Westfalen des Themas „Gewalt gegen Jungen und Männer“ angenommen habe und auch Geld in diesen Bereich investiert habe. Dafür danke sie der Ministerin herzlich.

Sie wolle gerne wissen, ob sich Synergieeffekte erzielen ließen bei der Beratung von Frauen und der Beratung von Männern oder sich die Ansätze dafür sehr unterschieden. Ihre Frage habe den Hintergrund, Parallelstrukturen vermeiden zu wollen.

Thomas Röckemann (AfD) bedankt sich bei Frau Zilligen für ihre gute und wichtige Arbeit.

Seine Fraktion wolle gerne wissen, von welcher Art die Gewalterfahrungen seien, psychischer oder physischer Natur.

Außerdem bitte er um Auskunft, ob es nach der Beratung und Unterstützung durch RückHalt-M auch sich anschließende Hilfen gebe.

Anja Butschkau (SPD) spricht Frau Zilligen auch Dank für diese hervorragende und wichtige Arbeit aus.

Zu dem Hinweis von Frau Troles auf den großartigen Einsatz der Landesregierung: Bei diesem wichtigen Thema halte sie parteipolitisches Geplänkel nicht für angebracht.

Sie habe die Frage, wie es gelinge, die Eigenmittel für RückHalt-M zu erbringen, wie viele Stunden es in Anspruch nehme, Spenden zu akquirieren, und ob diese Zeit von der inhaltlichen Arbeit abgehe.

Agnes Zilligen (RückHalt e. V.) legt dar, Ehrenamtliche seien nicht in die direkte Beratung und Begleitung von Betroffenen eingebunden. Das heiße, sie unterstützten bei

der Verwaltung. Der Verein habe keine bezahlte Verwaltungs- oder Buchhaltungskraft. Das alles werde ehrenamtlich geleistet, die Vorstandsarbeit und alles, was dazu gehöre, viel Öffentlichkeitsarbeit, die Unterstützung und Begleitung von Aktionen und auch der Austausch. Bei RückHalt e. V. arbeiteten relativ viele Fachfrauen, Sozialarbeiterinnen, eine Gynäkologin, aber auch eine QM-Managerin, die aus ihren Erstberufen Kompetenzen mit in die Entwicklung und die Arbeit von RückHalt e. V. einbrächten. Natürlich fänden auch Schulungen statt oder Informationsabende, bei denen es um das Fachgebiet gehe, um sexualisierte Gewalt, um gesellschaftliche Weiterentwicklungen und neue Themen. Genauso hätten auch die Ehrenamtlichen als Vereinsfrauen diese Entscheidung, RückHalt-M ins Leben zu rufen, auf der Grundlage von Fachinformationen getroffen.

Es meldeten sich Therapeutinnen und Therapeuten, Ärztinnen und Ärzte, Lehrerinnen und Lehrer, Sozialarbeiter, die Schulungsmaßnahmen und Qualifizierungsmaßnahmen begleiteten und die in Kontakt mit Betroffenen stünden oder erste Ansprechpartnerinnen und Vertrauenspersonen seien für Betroffene und die dann häufig auch den Kontakt zu der Beratungsstelle anbahnten und die Betroffenen zu ihrem ersten Termin begleiteten.

Über die Zahlen hinaus, die sie mitgebracht habe, führe man keine differenzierte Statistik. Dazu fehle die Zeit. Nach ihrem Eindruck liege die Altersspanne zwischen Anfang 20 und 60 plus. Sie könne sich nicht daran erinnern, dass das Team darüber berichtet habe, dass ein Mann mit Migrationshintergrund in der Beratungsstelle gewesen sei. Aber man habe auch für diese spezifische Zielgruppe überhaupt noch nicht werben können. Das gelte auch für andere Menschen mit speziellen Bedarfen, Menschen mit Behinderungen oder LSBTI. Auch da habe man noch keine spezifische Ansprache unternehmen können.

Das Thema, mit dem die Männer kämen, sei sexualisierte Gewalt. Das Angebot sei auf sexualisierte Gewalt begrenzt. Die meisten Männer, die bisher die Beratung in Anspruch genommen hätten, seien von sexuellem Missbrauch in der Kindheit betroffen. Das sei sicherlich eine Parallele zur Beratung von Frauen. Viele Betroffene hätten sich ihr bisheriges Leben lang niemandem anvertraut. Die Medienberichterstattung zu Lügde – das habe man sehr deutlich gemerkt sowohl bei Frauen als auch bei Männern – habe dazu geführt, dass Betroffene plötzlich nicht mehr so hätten weiterleben können, weil sie diesem Thema im Alltag überhaupt nicht mehr hätten ausweichen können.

Onlineberatung werde nicht angeboten. Das Angebot umfasse telefonische Beratung und persönliche Beratung. Man meine, dass es bundesweit zumindest Optionen gebe, sich online Unterstützung zu holen bei vielleicht umfassenderen oder allgemeineren Plattformen. Man verfüge nicht über die notwendigen Kapazitäten oder auch die technische Ausstattung, um das zusätzlich noch zu installieren.

Für grenzüberschreitende Kooperationen fehle es auch an der erforderlichen Ausstattung und den Kapazitäten. Man habe ja bereits Probleme, das für den Frauenbereich leisten zu können. Da seien auch die Förderrichtlinien ein bisschen hinderlich. Teilweise werde vom Land gesagt, man könne mit den vorhandenen Mitteln auch Frauen beraten, die hinter der Grenze in Belgien oder in den Niederlanden wohnten oder aus

einem Kreisgebiet wie dem Kreis Heinsberg kämen, wo es keine entsprechende Versorgung für Frauen zum Thema „sexualisierte Gewalt“ gebe. Aber man erhalte dafür ja nicht mehr Fördermittel. Man habe ja schon Mühe, mit den vorhandenen Fördermitteln überhaupt die betroffenen Frauen aus der Städteregion Aachen versorgen zu können. Bei der Förderung durch die Städteregion sehe es noch anders aus. Da sei man einfach begrenzt auf Bewohnerinnen der Städteregion Aachen. Es gäbe Synergieeffekte, die einfach zu realisieren wären, aber die Formalitäten machten das schwierig.

Es kämen Männer, die auch aktuell sexualisierte Gewalt erlebt hätten, teilweise durch männliche Täter und teilweise durch Frauen. Aber noch lasse sich aus den geringen Fallzahlen nicht wirklich viel ableiten. Auch aus Studien wisse man, dass die Betroffenheit von Missbrauch in der Kindheit relativ hoch sei, dass es da ein großes Dunkelfeld bei Männern gebe und dass es an Unterstützungsangeboten fehle.

Nicht jede Person habe Anspruch auf eine Psychotherapie, die von der Krankenkasse finanziert werde, oder jemand habe schon zwei Jahre Therapie durchlaufen, das reiche aber nicht. An diesen Schnittstellen seien dann auch Beratung und Unterstützung durch RückHalt-M möglich.

Das schließe auch das Angebot ein, Anträge an den Fonds Sexueller Missbrauch der Bundesregierung zu richten. Sehr viele Frauen nähmen Unterstützung bei der Antragstellung in Anspruch. Männer gehörten bisher, obwohl man das schon explizit beworben habe, eher wenig zu den Antragstellern oder zu denen, die sich meldeten. Man wisse aber von dem Bundesinstitut, dass Männer an der Stelle wie auch grundsätzlich relativ wenige Anträge einreichten. Man habe sich auch schon die Frage gestellt, ob es da Möglichkeiten gebe, eine andere Ansprache zu finden, um die betroffenen Männer besser erreichen zu können. Darauf habe man aber noch keine einfache Antwort gefunden. Das stehe auf jeden Fall auf der To-do-Liste, sich damit weiterhin aktiv zu beschäftigen.

Man bewerbe das Angebot über lokale Pressearbeit, über Flyer, die man an möglichst vielen Stellen auslege und vor allen Dingen auch an möglichst viele Multiplikatorinnen bringe, die das an Betroffene und an die Fachkräfte weitergeben könnten.

Das gehöre zu den Synergieeffekten, die es gebe: Man sei als RückHalt e. V. ja seit fast 40 Jahren vernetzt in sehr unterschiedlichen Arbeitskreisen zum Thema „sexuelle Gewalt“. Genau da habe man auch das Angebot von RückHalt-M platziert.

Über Ärztinnen und Ärzte werde das Angebot auch transportiert, weil die ja zumindest in Bezug auf Frauen häufig zu den ersten Kontaktpersonen gehörten.

Die Beschaffung der Eigenmittel für dieses Projekt sei ehrenamtlich erfolgt. Die Stunden, die man dafür aufgewendet habe, habe man nicht aufgeschrieben. Sie habe bis dahin noch nie einen Antrag an die GlücksSpirale gestellt und sei ziemlich entsetzt darüber gewesen, was dafür alles erforderlich sei, wie lange das dauere und dass es eben auch jährlich zu stellende Anträge seien und man nicht wisse, ob es im Folgejahr wieder eine Bewilligung geben werde und in welcher Höhe. Wenn sie das als bezahlte Kraft gemacht hätte, hätte sich der große Aufwand der Antragstellung finanziell nicht gelohnt. Aber man habe das Geld ja dringend gebraucht.

Deswegen sei auch der Erfolg mit dem ehrenamtlichen Beirat so wichtig, weil man da wirklich auch in Richtung Spendenakquise noch einmal ehrenamtliche Unterstützung bekommen habe.

Natürlich habe sie als Allererstes, als sie gesehen habe, dass es eine Koordinierungsstelle des Landes gegen Gewalt an Frauen und Männern gebe, zum Telefonhörer gegriffen und nachgefragt, ob sie einen Antrag stellen könne. Leider gehe das ja noch nicht. Aber sie hoffe, dass das vielleicht für 2020 seitens der Landesregierung noch möglich gemacht werden könne. Dann werde man zu den ersten Antragstellerinnen gehören.

Zum Stichwort „Parallelstrukturen“: Dass RückHalt e. V. dieses Angebot für betroffene Männer unter den eigenen Trägerverein genommen habe, sollte nicht als Vorgabe verstanden werden, dass sich die Struktur zukünftig unbedingt so entwickeln müsse.

In diesem Fall habe das allerdings gepasst. Man habe das Thema genommen, weil man im Verein und im Team sehr engagierte Frauen habe, die gesagt hätten: Man warte schon seit 2010 darauf, dass sich für betroffene Männer eine Versorgung etabliere. Aber niemand nehme sich des Themas an. – Die großen Wohlfahrtsverbände hätten das Thema irgendwie nicht explizit genommen. Natürlich wüssten auch alle, wie anstrengend das sei, da etwas auf den Weg zu bringen und vor allen Dingen die Finanzierung sicherzustellen.

Konzeptionell sei wichtig, dass es komplett separate Räumlichkeiten für die Zielgruppen gebe und eine Wahlmöglichkeit zwischen Beraterinnen und Beratern. Diese Eckpunkte halte sie für wichtig.

Vorsitzende Regina Kopp-Herr bedankt sich bei Frau Zilligen für das Gespräch und geht davon aus, dass weitere Gespräche folgten.

2 Jeder Fall ist ein Fall zu viel – alle Kräfte mobilisieren für den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Missbrauch

Antrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/5066 (Neudruck)

Ausschussprotokoll 17/673

Vorsitzende Regina Kopp-Herr gibt folgende Hinweise: Das Plenum habe den Antrag am 22. Februar 2019 an den Ausschuss überwiesen. Federführend sei der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend. Mitberatend seien der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales, der Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen, der Innenausschuss, der Rechtsausschuss und der Ausschuss für Gleichstellung und Frauen. Die abschließende Abstimmung finde im federführenden Ausschuss statt.

Am 24. Juni habe eine Anhörung zu diesem Antrag stattgefunden. Der mitberatende Ausschuss für Gleichstellung und Frauen habe sich pflichtig an der Anhörung beteiligt.

Sie bedanke sich ausdrücklich für die schnelle Erstellung des bereits vorliegenden Anhörungsprotokolls.

Josefine Paul (GRÜNE) schließt sich dem Dank für die schnelle Erstellung des Protokolls an.

Bei der Anhörung sei ein Punkt, der sich speziell auf den Ausschuss für Gleichstellung und Frauen beziehe, angesprochen worden, nämlich dass der Schutz von Kindern in der Erarbeitung des zu erstellenden Landesaktionsplans Jungen und Männer sowie in der Weiterentwicklung des Landesaktionsplans Frauen und Mädchen natürlich auch eine Rolle spielen müsse. Sie entnehme dem Nicken der Ministerin, dass das auch so angedacht sei.

Darüber hinaus sei die Peer-Gewalt angesprochen worden, die oftmals ein wenig unterschätzt werde, die aber auch in den Blick genommen werden müsse und unter anderem auch bei der Erarbeitung der beiden Landesaktionspläne eine Rolle spielen könne.

Wichtig sei außerdem die zielgruppenspezifische Ansprache von Präventionsangeboten, aber auch von Beratungsangeboten – Stichwort höhere Gefährdungsrate insbesondere von Menschen mit Behinderungen. Darauf müsse noch einmal ein besonderer Fokus gelegt werden. Es müsse genauer hingeschaut werden, ob die Zugänge zu Beratungsstellen zumindest barrierearm seien. Barrierefrei wäre ja schön, aber es wäre schon einmal gut, wenn sie zumindest barrierearm wären. Aus der ersten Auswertung des Instituts für Menschenrechte zur Umsetzung der Istanbul-Konvention wisse man ja, dass man da durchaus noch Ausbaubedarf habe.

Sie begrüße die Erweiterung der Dunkelfeldstudie um den Bereich sexualisierte Gewalt. Vielleicht wäre es eine Überlegung wert, in der Perspektive den Ansatz von Dunkelfeldstudien um das Thema „sexueller Missbrauch und sexualisierte Gewalt bei Kindern und Jugendlichen“ zu erweitern. Auch dort gebe es sicherlich ein großes Dunkelfeld, aber die gesamten Strukturen sollten auch genauer wissenschaftlich betrachtet werden. Leider sei an vielen Stellen immer noch nur die Spitze des Eisberges bekannt, was zum Beispiel Täterstrukturen angehe, was aber auch begünstigende institutionelle Faktoren angehe. Die entsprechende Forschung sollte weiter intensiviert werden, um dann auch die richtigen Maßnahmen in der Kontinuität ergreifen zu können.

Diese vier Punkte habe sie für diesen Ausschuss hervorheben wollen.

Susanne Schneider (FDP) schließt sich dem Dank an den Stenografischen Dienst an.

Die Anhörung habe einige neue Erkenntnisse ergeben, die man auch zügig abarbeiten sollte. Wenn das gelinge, sei man auf dem richtigen Weg.

Die jetzige Landesregierung tue aber auch schon einiges.

Im MHKBG sei ja schon sehr viel auf den Weg gebracht worden zum Thema „Opferschutz“. Man sollte auch immer im Hinterkopf behalten, wie klein der Haushalt dafür in diesem Ministerium sei. Sie finde es ganz wunderbar, dass dort dennoch bereits einiges angelaufen sei.

Im Haushalt des Gesundheitsministeriums sei auch schon sehr viel zusätzliches Geld für die Kinderschutzambulanzen zur Verfügung gestellt worden, was sie auch begrüße.

Ihr sei wichtig, keine Schuldigen zu suchen. Das bringe kein Opfer weiter, wenn man auf irgendwelche Jugendämter oder irgendwelche Minister einprügle. Man müsse einfach gucken, was man für die Kinder und ihre Angehörigen tun könne und welche Angebote weiter ausgebaut werden müssten.

Die CDU-Fraktion, so **Heike Troles (CDU)**, danke dem Stenografischen Dienst ebenfalls.

Bei Kindern, die mit ihren Müttern in die Frauenhäuser kämen, sollte auch darauf geachtet werden, ob die Kinder eventuell sexuell missbraucht worden sein könnten. Das halte sie noch für einen wichtigen Aspekt.

Thomas Röckemann (AfD) bedankt sich ebenfalls für die schnelle Arbeit des Stenografischen Dienstes.

Der Antrag enthalte Selbstverständliches und sei wenig konkret.

Hätte die AfD diesen Antrag gestellt, hätten die anderen Fraktionen ihm niemals zugestimmt. Die AfD sei nicht so starrsinnig und werde dem Antrag zustimmen.

Aber die AfD werde die anderen Fraktionen auch beim Wort nehmen. Im Antrag heiße es nämlich:

„Umfassender Schutz braucht das Engagement und die aktive Zusammenarbeit aller zivilen und staatlichen Stellen, von Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, von Kindernothilfe und Kinderschutzbund, von Ärzten, Kirchen, Sportvereinen, Schulen, Polizei, Staatsanwaltschaft und Familiengerichten, allen weiteren beteiligten Verbänden und Akteuren sowie der gesamten Bevölkerung."

Die AfD werde überprüfen, ob zukünftig Genitalverstümmelung auch von Ärzten angezeigt werden müsse und ob dazu eine Zusammenarbeit zwischen den einzelnen hier Genannten stattfinde.

Inge Blask (SPD) spricht dem Stenografischen Dienst ebenfalls Dank für die schnelle Erstellung des Protokolls aus.

Sie finde es sehr gut, dass CDU, SPD, FDP und Grüne diesen Antrag gemeinsam eingebracht hätten.

Die Anhörung habe die Richtigkeit der Forderungen sehr deutlich bestätigt.

Besonders wichtig seien der SPD die Präventionsarbeit und die frühzeitige Stärkung des Selbstbewusstseins von Jungen und Mädchen. Jungen und Mädchen müssten lernen, sich Hilfe zu holen.

Der SPD-Fraktion sei auch ein großes Anliegen, das Thema langfristig zu begleiten. Das wolle sie auch im Plenum noch einmal einfordern. Ein Antrag genüge nicht, sondern das Thema müsse grundsätzlich angegangen werden.

Vorsitzende Regina Kopp-Herr macht darauf aufmerksam, dass der federführende Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend die abschließende Beratung und Abstimmung aller Voraussicht nach am 5. September durchführen werde.

Der Ausschuss für Gleichstellung und Frauen könne heute ein Votum abgeben, denn die nächste Sitzung finde erst am 12. September statt.

Der **Ausschuss** nimmt den Antrag einstimmig an.

3 Genitalverstümmelung ist eine Menschenrechtsverletzung – Verletzungen von Körper und Seele von Kindern, Mädchen und Frauen entschieden entgegentreten

Antrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/5067
Drucksache 17/6241

In Verbindung mit:

Genitalverstümmelung – wirksame Hilfe für die Opfer

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/5071

Ausschussprotokoll 17/648

Vorsitzende Regina Kopp-Herr teilt mit, das Plenum habe den Antrag Drucksache 17/5067 am 22. Februar 2019 an den Ausschuss für Gleichstellung und Frauen überwiesen.

Am 14. Mai habe der Präsident des Landtags mit der Drucksache 17/6241 darüber informiert, dass die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen diesem Antrag beigetreten seien.

Der Antrag Drucksache 17/5071 sei am 22. Februar federführend an den Ausschuss für Gleichstellung und Frauen und mitberatend an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie an den Rechtsausschuss überwiesen worden.

Die abschließende Beratung und Abstimmung beider Anträge finde im federführenden Ausschuss statt.

Die Anhörung zu beiden Anträgen habe am 3. Juni stattgefunden. Die beiden mitberatenden Ausschüsse hätten sich nachrichtlich an der Anhörung beteiligt.

Nach Meinung von **Anja Butschkau (SPD)** sei die Anhörung am 3. Juni sehr informativ gewesen und habe viele Facetten thematisiert.

Wichtig sei Aufklärung, vor allem in den Communities, um für das Thema zu sensibilisieren und aufzuzeigen, was mit den Mädchen passiere und welche Folgen das habe. Die Aufklärung von Lehrern, Erziehern usw. sei wichtig. Die Zuwanderer müssten darüber aufgeklärt werden, dass die genitale Beschneidung in Deutschland strafbar sei.

Den Antrag der AfD lehne ihre Fraktion ab. Ihre Fraktion setze auf den interkulturellen Dialog, der in dem interfraktionellen Antrag auch eine große Rolle spiele.

Die Anhörung, so **Josefine Paul (GRÜNE)**, habe die Wichtigkeit des Themas bestätigt.

Es gebe ja auch schon seit vielen Jahren den Runden Tisch, der sehr intensiv an dem Thema arbeite und unterschiedliche Professionen zusammenbringe, was im Hinblick auf die Sensibilisierung sehr wichtig sei. Der Runde Tisch habe auch schon vor einigen Jahren erste Handlungsempfehlungen herausgegeben und arbeite an diesen immer weiter.

Sie rege noch einmal an, den Runden Tisch in den Ausschuss einzuladen, um ihm die Gelegenheit zu geben, über seine sehr vielfältige Arbeit zu berichten.

Die unterschiedlichsten Professionen müssten weiter sensibilisiert und fortgebildet werden, gerade Medizinerinnen und Mediziner. Denn oft seien die gesundheitlichen Folgen der Beschneidung gar nicht so bekannt, und beim Umgang mit Frauen, die Opfer von Beschneidung geworden seien, gebe es Unsicherheiten.

Die Aufklärung in den Communities habe Frau Butschkau bereits angesprochen, auch was den Kinderschutz und die Strafbarkeit von Beschneidung in Deutschland angehe.

Für **Susanne Schneider (FDP)** sei die Anhörung sehr spannend gewesen. Sie sei froh, dass sich die vier Fraktionen des Themas angenommen hätten, weil sie es für wichtig halte, dass das Thema in die Öffentlichkeit gebracht werde.

Besonders wichtig sei ihr, dass dieses Thema ohne Ressentiments aufgegriffen werde und ohne Ressentiments mit den Migranten gesprochen werde und ihnen Angebote aufgezeigt würden. Damit sei man ihres Erachtens auf einem sehr guten Weg.

Claudia Schlottmann (CDU) hebt hervor, dass den Menschen geholfen werden müsse, die Opfer einer Beschneidung geworden seien.

Die CDU-Fraktion finde die Idee, die Mitglieder des Runden Tisches in den Ausschuss einzuladen, ausgesprochen gut. Sie finde die Arbeit des Runden Tisches toll und spannend.

Der Antrag der AfD stigmatisiere und grenze aus. Genau das wolle ihre Fraktion nicht. Ihre Fraktion wolle aufklären und den Betroffenen helfen. Deshalb werde die CDU den Antrag der AfD ablehnen.

Nach Ansicht von **Thomas Röckemann (AfD)** stigmatisiere der Antrag der AfD nicht.

Es erschrecke ihn einigermaßen, dass im Frauen- und Gleichstellungsausschuss immer noch von „Beschneidung“ gesprochen werde und nicht von der tatsächlichen Tat, nämlich von „Verstümmelung“. Er bitte darum, sich diesbezüglich zu besinnen.

Die AfD verlange mit ihrem Antrag ebenfalls Aufklärung.

Die Zeit der Runden Tische müsse allerdings auch irgendwann einmal abgeschlossen sein. Die AfD wolle nicht ausschließen, dass es weiter einen Runden Tisch geben dürfe, aber man spreche doch bei dem Runden Tisch seit zehn Jahren immer über das Gleiche. Jetzt sollte Geld in die Dunkelfeldforschung investiert werden.

Prävention allein genüge nicht. Notwendig seien auch Repression und Strafverfolgung. Es handele sich um einen Verbrechenstatbestand. § 226a sei extra geschaffen worden, um diesen Frauen und Mädchen zu helfen. Das könne doch nicht nur ein Showtatbestand sein. Wenn man doch wisse, dass man in Nordrhein-Westfalen 10.000 Opfer habe, frage er sich, wo die 10.000 Strafverfahren seien. In der Zeit von 2013 bis 2017 habe hier kein einziges Strafverfahren stattgefunden. Das müsse man sich bewusst machen. Repression schrecke ab, solche Taten zu begehen. Repression schütze auch die Familien selbst. Wenn die Mutter, die die Verstümmelung vornehme oder veranlasse, eingesperrt werde, dann sei das nächste Mädchen in der Familie vor einer Verstümmelung sicher. Er bitte darum, sich das zu Herzen zu nehmen.

Vorsitzende Regina Kopp-Herr macht deutlich, wenn sie mit den betroffenen Frauen spreche, benutze sie nicht den Ausdruck „Verstümmelung“. Das habe sie beim Runden Tisch und aus den Vorträgen von Herrn Haverkamp gelernt. In der politischen Debatte benutze sie durchaus das Wort „Verstümmelung“, weil es einfach besser zum Ausdruck bringe, was den Frauen widerfahren sei.

Vermutlich werde es in diesem Jahr nicht mehr gelingen, den Runden Tisch in den Ausschuss einzuladen. Aber spätestens Anfang nächsten Jahres werde das sicher möglich sein.

Der **Ausschuss** stimmt dem Antrag mit den Drucksachen 17/5067 und 17/6241 mit den Stimmen von CDU, FDP, SPD und Grünen gegen die Stimmen der AfD zu.

Den Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/5071 lehnt der Ausschuss mit den Stimmen von CDU, FDP, SPD und Grünen gegen die Stimmen der AfD ab.

4 Bericht zur 29. Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder (29. GFMK)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2227

Wenn die entsprechende Fachministerkonferenz stattgefunden habe, gehöre es sich ihres Erachtens, so **Ministerin Ina Scharrenbach (MHKBG),** dem Ausschuss darüber Bericht zu erstatten, zum einen über die Initiativen der Landesregierung und zum anderen über weitere Beratungselemente. Gerne beantworte sie Fragen dazu und nehme Hinweise dazu auf.

Josefine Paul (GRÜNE) bedankt sich bei der Ministerin für den Bericht und für die Initiativen der Landesregierung auf der GFMK.

Sie finde es richtig, dass man auf der GFMK noch einmal sexistische Werbung angesprochen habe. Dieses Thema werde ja immer wieder diskutiert. Sie sei keine Freundin von dem Versuch, das in irgendeiner Art und Weise zu verbieten, denn ihres Erachtens sei das einfach nicht zu machen. Das sei nicht zu fassen.

Nichtsdestotrotz wolle sie an einem aktuellen Beispiel skizzieren, dass das ein hehrer Wunsch sei, den sie teile, dass es eine Sensibilität für sexistische Werbung geben sollte. Aber scheinbar sei man davon sehr weit entfernt. Denn derzeit gebe es ja von einer Düsseldorfer Altbierbrauerei ein Plakat, das auch in den Medien schon stark diskutiert worden sei und auf dem das quasi Maskottchen dieser Brauerei sehr leicht bekleidet auf einem Grillrost sitze. Der Slogan dazu laute: „Medium rare oder richtig durch nehmen?“ – Sie gehe davon aus, dass man im Gleichstellungsausschuss nicht darüber diskutieren müsse, dass das eindeutig die Grenzen des guten Geschmacks und auch die Grenzen zum Sexismus überschreite.

Die Gleichstellungsbeauftragte der Landeshauptstadt Düsseldorf habe dann der Brauerei einen Brief geschrieben und darum gebeten, diese Kampagne gegen eine andere Kampagne auszutauschen.

Diese Brauerei sei ja dafür bekannt, ein bisschen provokativ zu werben. Manches davon finde sie lustig, anderes grenzwertig. Diese Werbung überschreite eindeutig die Grenzen von dem, was sie als witzig bezeichnen würde.

Die Brauerei habe auf den Brief der Gleichstellungsbeauftragten keinerlei Einsicht gezeigt nach dem Motto: Wenn das in Düsseldorf nicht mehr möglich wäre, wäre es hier nicht mehr lustig. Ein bisschen Sexismus wäre doch lustig. Habt euch nicht so.

Dieses Beispiel mache deutlich, dass es eine Selbstverpflichtung und Einsicht brauche. Gleichzeitig belege dieses Beispiel, dass diese Einsicht an vielen Stellen offensichtlich überhaupt nicht vorhanden sei und man da gesellschaftlich noch einen sehr weiten Weg zurückzulegen habe. Bei Fußballweltmeisterschaften der Männer könne man sich ja auch immer gar nicht retten vor lustigen Wortwitzen mit „Bällen“ und „schönen Aussichten“ usw.

Sie ärgere sich nicht nur über die Kampagne der Brauerei, sondern noch mehr darüber, wie auf den Hinweis der Gleichstellungsbeauftragten reagiert worden sei. Schließlich befinde man sich im Jahr 2019 und nicht etwa im Jahr 1865.

Stichwort Gleichstellung in der Europäischen Union: Ihre Fraktion unterstütze den Ansatz voll und ganz, wünsche sich aber auch, dass die Beachtung von Minderheitenrechten als Kriterium für Beitrittsverhandlungen und als Kriterium für Mitgliedstaaten noch mehr Berücksichtigung finde. Was LSBTIQ-Rechte angehe, sei auch bei Mitgliedstaaten der Europäischen Union nicht alles so, wie es eigentlich europäischen Vorgaben und dem gemeinsamen Wertekanon entspreche. Das müsse nicht zwingend die GFMK machen, aber es müsse darauf hingewiesen werden, dass Minderheitenschutz einer der Grundwerte der Europäischen Union sei.

Im Bericht werde auch auf die Reform des Strafrechts hingewiesen. Man habe ja auch bei einer der letzten Plenarsitzungen noch über eine andere Strafbarkeitslücke diskutiert, Stichwort Upskirting. Aus ihrer Sicht müsse geprüft werden, welche weiteren Strafbarkeitslücken noch bestünden.

Für die konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention seien auch noch ein paar Hausaufgaben zu machen. Sie habe ja vorhin die Stellungnahme des Instituts für Menschenrechte angesprochen. Das Institut für Menschenrechte attestiere Deutschland, auf einem guten Weg zu sein und auf guten Dingen aufzusetzen, aber zeige auch Lücken auf, die nach wie vor bestünden. An dem Thema „Kinder in Frauenhäusern“ müsse noch weiter gearbeitet werden. Ein weiteres Thema seien bisher nicht komplett erreichte Zielgruppen wie Frauen und Mädchen mit Behinderungen.

Stichwort Prostituiertenschutzgesetz: Die Landesregierung habe ja auch in ihrer Stellungnahme zum Zwischenbericht festgestellt, dass das Gesetz nicht geeignet sei, die gesetzten Ziele auch nur ansatzweise zu erreichen. Das habe man schon im Vorfeld kritisiert. Viele hätten kritisiert, dass dieses Gesetz den Schutz von Sexarbeiterinnen und Sexarbeitern, aber auch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen mit Sicherheit nicht erreichen werde.

Es sei sogar noch schlimmer gekommen, als man anfänglich befürchtet habe, weil zum Beispiel kleinere Prostitutionsbetriebe mit eigentlich guten Arbeitsbedingungen aufgrund der Auflagen hätten schließen müssen und man jetzt noch Großbordelle mit zweifelhaften Arbeitsbedingungen habe. Das seien Auswirkungen des Gesetzes, die nicht gut seien.

Deshalb wäre es wichtig, vonseiten der Landesregierung darauf hinzuwirken, dass man jetzt nicht ewig und drei Tage auf die Evaluation auf Bundesebene warten müsse, obwohl man heute schon wisse, dass das nicht nur eine Frage von Anlaufschwierigkeiten sei. Jedes Gesetz habe eine gewisse Anlaufzeit, aber man könne ihres Erachtens sagen, dass es sich hier nicht um Anlaufschwierigkeiten handele, sondern um Konstruktionsfehler im Gesetz.

Notwendig sei eine Reform des Gesetzes zur Stärkung von Sexarbeiterinnen, zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und für einen besseren Schutz. Das müsste jetzt schon vorangebracht werden. Sie bitte die Landesregierung, da zu insistieren, damit

nicht noch jahrelang weitere Evaluationen folgten, sondern wirklich eine Reform stattfinde.

Anja Butschkau (SPD) bedankt sich ebenfalls für den Bericht und die wichtigen Initiativen der Landesregierung.

Sie interessiere, ob über die wichtige Einrichtung einer Koordinierungsstelle zum Thema „Menschenhandel“ hinaus noch andere Maßnahmen zu dem Thema geplant seien.

Zum Thema „Geschlechterparitätische Wahlgesetzgebung“ interessiere sie die Meinung der Ministerin.

(Ministerin Ina Scharrenbach [MHKBG]: Die kennen Sie doch, Frau Butschkau!)

– Sie bitte aber darum, dass die Ministerin das noch einmal erläutere.

Was den Zugang zu sicherem und legalem Schwangerschaftsabbruch angehe, bitte sie ebenfalls darum, dass die Ministerin ihre Position erläutere.

Minister Biesenbach habe angekündigt, dass er gemeinsam mit anderen Bundesländern einen Gesetzentwurf zum Thema „Upskirting“ auf den Weg bringen werde. Sie wolle gerne wissen, ob das Thema bei der Konferenz angesprochen worden sei.

Susanne Schneider (FDP) dankt der Ministerin auch für diesen ausführlichen Bericht.

Die Werbung der Düsseldorfer Brauerei gehe sogar ihr definitiv zu weit. Die sei hoch sexistisch. Von daher schlage sie vor, dass sich der Ausschuss in einem Brief dazu positioniere.

Josefine Paul (GRÜNE) findet diesen Vorschlag sehr gut. Das sollte gemacht werden.

Vorsitzende Regina Kopp-Herr hält das auch für eine sehr gute Idee. Einzelheiten dazu könnten noch geklärt werden.

Ministerin Ina Scharrenbach (MHKBG) führt aus, es sei schon sehr schwierig gewesen, überhaupt den Beschluss zu erreichen, dass im Zuge des Zwischenberichtes, den die Bundesfamilienministerin erstatten wolle, die Erfahrungen der Länder zum Prostituiertenschutzgesetz abgefragt würden. Die Vertreterin des Bundes habe großen Wert darauf gelegt, dass die wissenschaftliche Evaluation nach fünf Jahren stattfinden werde und man auch nicht gedenke, diesen Zeitraum zu verändern.

Es sei nur durch eine Enthaltung eines Stadtstaates gelungen, dass der Antrag überhaupt durchgekommen sei, weil es eine große Ablehnung bei andersfarbig geführten Landesregierungen gegeben habe. Denn viele Länder seien noch nicht so weit in der Umsetzung wie das Land Nordrhein-Westfalen und das Land Schleswig-Holstein – Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein hätten den Antrag gemeinsam gestellt – und wollten das Gesetz erst einmal in Ruhe einführen. Nordrhein-Westfalen und

Schleswig-Holstein hätten gesagt, dass das keinen Sinn mache. Denn wenn man offenkundig Fehlkonstruktionen im Gesetz erkenne, müsse man ja nicht in allen Ländern erst Zeit und Ressourcen verschwenden, um dann nach fünf Jahren genauso weit zu sein wie Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen jetzt.

Man habe der Bundesregierung unaufgefordert den Bericht, der dem Ausschuss vorliege, zur Verfügung gestellt. Manchmal dauere es ja etwas länger, bis Anfrageschreiben eingingen.

Ihre Haltung zur geschlechterparitätischen Wahlgesetzgebung sei bekannt. Sie lehne eine gesetzliche Regelung vor dem Hintergrund verfassungsrechtlicher Fragen ab. Insofern habe sie den Antrag von Niedersachsen abgelehnt.

Zum Thema „Schwangerschaft“: Ein, zwei Tage vorher habe die Gesundheitsministerkonferenz getagt, die den Antrag inhaltsgleich einstimmig angenommen habe. In der Folge habe auch die Gleichstellungsministerkonferenz den Antrag „Schwangerschaft“ einstimmig angenommen.

Das Thema „Upskirting“ sei nicht Teil der offiziellen Tagesordnung gewesen. Sie habe das Thema in das Hintergrundgespräch der Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren gebracht. Aus diesem Kamin zu berichten, gehöre sich aber nicht.

Zum Thema „Menschenhandel“ habe man sehr deutlich gemacht: Man brauche die Aktivität der Bundesregierung, weil man hier ja grenzüberschreitend tätig werden müsse. Das dürften die Länder aus sich heraus nicht. Es gebe ja noch die Leitlinien der Europäischen Union, die zum Teil auf der Bundesebene noch nicht umgesetzt seien. Für dieses Thema benötige man die nationale Koordinierung und müsse einen nationalen Aktionsplan zusammen mit den Ländern auf den Weg bringen. Ihres Erachtens gäbe es da noch viele Ansatzpunkte, auch in Zusammenarbeit mit den anderen europäischen Mitgliedstaaten. Auch die Drittstaatenproblematik müsse miteinander diskutiert werden. Deswegen wäre ein nationaler Aktionsplan hilfreich, weil er auch die Ressourcen aller anderen Ministerien – Innen, Justiz, Gleichstellung, Gesundheit – bündle und in eine vernünftige Richtung bringe, um sich gegen Menschenhandel weiter aufzustellen und konzentriert vorgehen zu können.

gez. Regina Kopp-Herr
Vorsitzende

Anlage
05.11.2019/12.11.2019
73

Beratungsstelle für von sexueller Gewalt betroffene Männer

Dipl.-Päd. Agnes Zilligen / Geschäftsführerin
RückHalt e.V.

© RückHalt e.V. – Projekt RückHalt-M (Ausschuss für Gleichstellung und Frauen des Landes NRW am 04.07.2019)

Frauennotruf Aachen

… seit 1981 spezialisierte Beratungs-stelle für von sexualisierter Gewalt betroffene Frauen und Mädchen

… seit 2017 Namensänderung in:

RückHalt e.V. – Beratungsstelle gegen sexuelle Gewalt

© RückHalt e.V. – Projekt RückHalt-M (Ausschuss für Gleichstellung und Frauen des Landes NRW am 04.07.2019)

Frauennotruf bietet ab 2010 Krisenintervention für betroffene Männer

LOKALES

AZ Mittwoch, 5. Mai 2010

Die innere Not muss sehr groß sein

Der **Notruf für vergewaltigte Frauen** und Mädchen verzeichnet viel mehr Fälle. Es sind auch Männer, die sich melden.

VON SONJA CERI

Druck auf die Opfer wächst

AZ 12.03.2010

Sexueller Missbrauch in der Kirche: Fast täglich gibt es neue Fälle, aber **kaum Beratungsstellen**. Notruf fordert neutrale Ansprechpartner auch für Männer.

VON ANTJE UHLENBROCK

Aachen. Der Druck auf die Kirche wird immer größer. Fast täglich melden sich Opfer, die von Geistlichen sexuell missbraucht wurden. Betroffene wenden sich auch an den Frauennotruf Aachen. „Durch die Medienaufmerksamkeit können wir feststellen, dass einige Menschen es nicht mehr schaffen, das zu verdrängen, was oft schon 30 Jahre zurückliegt", erklärt Agnes Zilligen vom Frauennotruf.

Dieser Offenbarungsdruck sei fatal, da viele Opfer in den vergangenen Jahren mit dem Erlebnis des sexuellen Missbrauchs zurechtgekommen seien. Deswegen hält Zilligen es für

gen: „Dadurch, dass die Opfer über die Erlebnisse berichten müssen, findet häufig eine Retraumatisierung statt. Auch in der Therapie sollten sie in vielen Fällen nur portioniert erzählen."

Die Seelsorger und Geistlichen der katholischen Kirche, die als Ansprechpartner eingesetzt werden, seien häufig nicht ausreichend geschult. Es sei zudem wichtig, neutrale Beratungsstellen anzubieten, so Zilligen. Diese be-

„Durch die Medienaufmerksamkeit schaffen es einige Menschen nicht mehr, das zu verdrängen, was oft schon 30 Jahre zurückliegt."
AGNES ZILLIGEN,

nes Zilligen vom Notruf-Team. „Einige Männer haben ihr belastendes Ereignis ein ganzes Leben lang mit sich herumgetragen – und zwar nur mit sich. Mittlerweile kann man keine Zeitung mehr

den hilfesuchende Männer nicht abgewiesen. „Wir haben uns recht früh mit dieser neuen Situation auseinander gesetzt und haben ein Infopaket zusammengestellt", erklärt Bulin. „Wir können hier

frage nach Beratung, sondern vielmehr die Finanzierung und der Erhalt der Beratungsstelle. „Es besteht wirklich dringender Handlungsbedarf, aber ohne zusätzliche Finanzierung ist das nicht

Fälle von Missbrauch im Bistum

Aachener Beratungsstelle registriert immer mehr hilfesuchende Männer

VON GERALD EIMER

Aachen. Auch im Bistum Aachen ist die Zahl der Missbrauchsfälle durch katholische Priester vermutlich weit höher als bislang angenommen. So berichtet der Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen in Aachen, dass sich alleine in dieser Woche auch fünf betroffene Männer hilfesuchend an die Beratungseinrichtung gewandt hätten, bereits in den Vorwochen habe es immer wieder Anrufe von männlichen Opfern gegeben.

Die steigende Zahl der Anrufe führt Agnes Zilligen, Leiterin der Beratungsstelle, auf die öffentliche Diskussion und Medienpräsenz des Themas zurück. Viele Betroffene würden sich erst jetzt trauen, ihr Schweigen zu brechen. Zugleich betont Zilligen, dass auch immer wieder Frauen Hilfe

suchen, die Opfer sexueller Gewalt durch Geistliche wurden. Häufig lägen die Fälle lange zurück.

Die Anrufe wertet Zilligen als Beleg dafür, dass die Opfer „vertrauenswürdige und kompetente Anlaufstellen" suchen, die konfessionsunabhängig seien. „Sehr kritisch" sieht sie die sogenannten kircheninternen Ermittlungen. Für die Opfer könnte sich eine unaufgeforderte Kontaktaufnahme durch bischöfliche Missbrauchsbeauftragte erneut traumatisch auswirken.

Der Frauennotruf begrüßt das Engagement der katholischen Reformbewegung „Wir sind Kirche", wonach die Leitlinien für den Umgang mit sexuellem Missbrauch an Kindern und Jugendlichen grundlegend überarbeitet werden müssten. Die Kirche müsse sich eindeutig auf die Seite der Opfer stellen

und dürfe nicht die Täter schützen, forderte die Theologin Magdalena Bussmann. Von der Deutschen Bischofskonferenz seien lediglich „halbherzige Zeichen" ausgegangen.

Laut Zilligen leiden die Opfer oft ein Leben lang an den Folgen des Missbrauchs. Hinzu käme, dass die Kirche als mächtige Institution „mit ihren Vertuschungs- und Geheimhaltungsstrategien" zusätzlich „strukturelle Gewalt auf die Opfer" ausübe.

Der Frauennotruf berät und unterstützt Frauen und Mädchen, die sexuelle Gewalt erlebt haben. Für Männer und Jungen, die Opfer geworden sind, gibt es bislang keine vergleichbare Anlaufstelle. Der Frauennotruf nennt ihnen jedoch Ansprechpartner, an die sie sich wenden können: ☎ 0241/54 22 20 oder 02403/60 90 60.

© RückHalt e.V. – Projekt RückHalt-M (Ausschuss für Gleichstellung und Frauen des Landes NRW am 04.07.2019)

Beratene Männer 2010 - 2017

von sexueller Gewalt betroffene Männer: 38

Männliche Angehörige und Bezugspersonen von Betroffenen: 167

Männliche Fachkräfte: 61

© RückHalt e.V. – Projekt RückHalt-M (Ausschuss für Gleichstellung und Frauen des Landes NRW am 04.07.2019)

Frauennotruf wird RückHalt e.V.

RückHalt e.V.

Beratungsstelle
gegen sexuelle Gewalt

RückHalt e.V.
Franzstraße 107 . 52064 Aachen
Telefon 0241 542220
info@rueckhalt-beratung.de
www.rueckhalt-beratung.de

© RückHalt e.V. – Projekt RückHalt-M (Ausschuss für Gleichstellung und Frauen des Landes NRW am 04.07.2019)

Zuständigkeitsbereich RückHalt e.V.

StädteRegion Aachen

(Stadt Aachen und „Altkreis“ mit insgesamt etwa 560.000 Einwohner*innen)

Aachen, Alsdorf, Baesweiler,
Eschweiler, Herzogenrath, Monschau,
Simmerath, Stolberg, Roetgen,
Würselen

© RückHalt e.V. – Projekt RückHalt-M (Ausschuss für Gleichstellung und Frauen des Landes NRW am 04.07.2019)

Zuständigkeitsbereich RückHalt e.V.

Fläche: 700 km²

© RückHalt e.V. – Projekt RückHalt-M (Ausschuss für Gleichstellung und Frauen des Landes NRW am 04.07.2019)

Struktur und Personal RückHalt e.V.

3 Beratungsstellen in Aachen und Stolberg

6 Hauptamtliche Fachkräfte (teilen sich 3,75 Stellen)

© RückHalt e.V. – Projekt RückHalt-M (Ausschuss für Gleichstellung und Frauen des Landes NRW am 04.07.2019)

Struktur und Personal RückHalt e.V.

1 Honorarkraft für RückHalt-M (rund 6 Std./Woche)

1-4 Honorarkräfte für Präventionsprojekte
(Umfang nach Finanzierungsmöglichkeiten)

16 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen / Vereinsmitglieder / Vorstand (rund 17 Std./Woche)

© RückHalt e.V. – Projekt RückHalt-M (Ausschuss für Gleichstellung und Frauen des Landes NRW am 04.07.2019)

Finanzierung der Angebote für von sexualisierter Gewalt betroffene Frauen und Mädchen 2018

Zuwendungen des Landes NRW (2018: 156.060 Euro für zwei separate Beratungsstellen in Aachen und in Stolberg)

Zuschuss der StädteRegion Aachen (2018: 119.000 Euro als Festbetragsfinanzierung im Rahmen einer freiwilligen (Mit-)Finanzierung)

Zusätzlich jährlicher finanzieller Eigenanteil
(2018: rund 37.000 Euro zuzüglich)

© RückHalt e.V. – Projekt RückHalt-M (Ausschuss für Gleichstellung und Frauen des Landes NRW am 04.07.2019)

RückHalt-M
als separates, spezialisiertes und neues „Pilot-Projekt“

RückHalt
Beratungsstelle für von sexueller
Gewalt betroffene Männer

2. OG links

RückHalt e.V.
Beratungsstelle
gegen sexuelle Gewalt

2. OG rechts

© RückHalt e.V. – Projekt RückHalt-M (Ausschuss für Gleichstellung und Frauen des Landes NRW am 04.07.2019)

RückHalt-M
Hilfreiche Synergie-Effekte

- Fachinformationen und Kompetenz im Themenfeld ‚Sexualisierte Gewalt'

- Interdisziplinäre regionale und überregionale Vernetzung und Kooperation zum Themenfeld

© RückHalt e.V. – Projekt RückHalt-M (Ausschuss für Gleichstellung und Frauen des Landes NRW am 04.07.2019)

RückHalt-M
Hilfreiche Synergie-Effekte

- Kompetenz und Erfahrungen in der Öffentlichkeits- und Präventionsarbeit

- Erfahrungen mit der Entwicklung, im Aufbau und bei der praxisrelevanten Weiterentwicklung von neuen Angeboten

© RückHalt e.V. – Projekt RückHalt-M (Ausschuss für Gleichstellung und Frauen des Landes NRW am 04.07.2019)

RückHalt-M
Herausforderungen und Hemmnisse

- Fachlich spezialisierte Angebote für von sexueller Gewalt betroffene Männer in NRW (und bundesweit) nahezu flächendeckend als weißer (blinder) Fleck der psychosozialen Versorgung

- Fehlende öffentliche Zuschüsse
- Hoher Aufwand für engagierte Personen oder Vereine, erforderliche Eigenmittel aufzubringen

© RückHalt e.V. – Projekt RückHalt-M (Ausschuss für Gleichstellung und Frauen des Landes NRW am 04.07.2019)

RückHalt-M
Herausforderungen und Hemmnisse

- Die Akteur*innen aus vorhandenen fachlichen Zusammenhängen benötigen gesicherte Grundlagen für ihr gesellschaftliches Engagement.

- Ohne politische Positionierung und konkrete Beschlüsse wird es absehbar keine Hilfestrukturen geben.

© RückHalt e.V. – Projekt RückHalt-M (Ausschuss für Gleichstellung und Frauen des Landes NRW am 04.07.2019)

RückHalt-M 2018

AN · Freitag, 19. Oktober 2018 · Nummer 243

LOKALES

Professionelle Hilfe auch für Männer

„RückHalt" eröffnet eine eigene Beratungsstelle für Männer, die von sexueller Gewalt betroffen sind

VON ROLF HOHL

AACHEN Es war 2010, als bei den Aachener Sozialarbeiterinnen von „RückHalt" zum ersten Mal ein Mann anrief. Das ist insofern bemerkenswert, weil die Beratungsstelle bis im Herbst vergangenen Jahres noch „Frauennotruf" hieß. Mittlerweile haben sich bereits mehr als drei Dutzend Männer auf der Suche nach Hilfe an die Beraterinnen gewandt, und es wurde schnell klar, dass hier offenbar ein großer Bedarf vorliegt.

Nun wurde mit „RückHalt-M" erstmals in der Städteregion eine Beratungsstelle eigens für von sexueller Gewalt betroffene Männer eingerichtet, die ab sofort ihre Arbeit aufnimmt. Gerade weil sich die Stelle zuvor strikt an Mädchen und Frauen als Opfer sexueller Gewalt gewandt habe, habe das Team lange vor der Frage gestanden, welche Angebote man betroffenen Männern bieten könne, erklärt „RückHalt"-Geschäftsführerin Agnes Zilligen. Denn obwohl das Thema vor dem Hintergrund der Missbrauchsfälle im kirchlichen Umfeld stark in die öffentliche Wahrnehmung gerückt sei, seien die Hürden für Männer noch immer sehr hoch, um sich Hilfe zu holen. Das soll sich mit dem kostenlosen Angebot von „RückHalt-M" nun ändern.

© RückHalt e.V. – Projekt RückHalt-M (Ausschuss für Gleichstellung und Frauen des Landes NRW am 04.07.2019)

Finanzierung RückHalt-M im Jahr 2018

Finanzieller Eigenanteil: rund 12.000 Euro

Zuschuss Lotterie GlücksSpirale: 8.000 Euro

© RückHalt e.V. – Projekt RückHalt-M (Ausschuss für Gleichstellung und Frauen des Landes NRW am 04.07.2019)

Finanzierung RückHalt-M im Jahr 2019

Finanzieller Eigenanteil: mindestens 18.000 Euro

Zuschuss Lotterie GlücksSpirale: 10.000 Euro

© RückHalt e.V. – Projekt RückHalt-M (Ausschuss für Gleichstellung und Frauen des Landes NRW am 04.07.2019)

Zielgruppen

1. von sexualisierter Gewalt betroffene erwachsene Männer*

2. Männliche Bezugspersonen / Angehörige von Betroffenen

3. Männliche Fachkräfte unterschiedlicher Berufsgruppen

* Diverse Personen wählen bei RückHalt e.V. selbst, ob sie die Fachberatungsstelle für Frauen und Mädchen oder RückHalt-M ansprechen.

© RückHalt e.V. - Ringvorlesung KatHo Aachen 12.04.2019

Angebote RückHalt-M

Information --- Psychologische Beratung --- Ressourcenorientierte Trauma-Beratung --- Krisenintervention --- Beratung zur Abwägung des Für und Wider einer Strafanzeige --- Unterstützung bei Anträgen auf Leistungen und Entschädigungen für Opfer von Sexualstraftaten --- Psychosoziale Prozessbegleitung --- Öffentlichkeitsarbeit

!!! Im Umfang der finanziellen Möglichkeiten !!!

© RückHalt e.V. – Projekt RückHalt-M (Ausschuss für Gleichstellung und Frauen des Landes NRW am 04.07.2019)

Beratene Männer 2018

von sexueller Gewalt betroffene Männer: 9

Männliche Angehörige und Bezugspersonen von Betroffenen: 27

Männliche Fachkräfte: 7

Beratungsumfang gesamt rund 200 Stunden

© RückHalt e.V. – Projekt RückHalt-M (Ausschuss für Gleichstellung und Frauen des Landes NRW am 04.07.2019)

RückHalt-M 2019
Ehrenamtlicher externer Beirat

Von rechts:

Peter Schlimpen (Leiter der Jugend- u. Drogenberatung der Suchthilfe Aachen)

Prof. Marianne Genenger-Stricker (Katholische Hochschule NRW, Abteilung Aachen)

Reinhard Gawlak (Diplom Sozialarbeiter im Ruhestand)

© RückHalt e.V. – Projekt RückHalt-M (Ausschuss für Gleichstellung und Frauen des Landes NRW am 04.07.2019)

Zukunft in unserer Hand – Schaffen von geschütztem Raum für alle Betroffenen

„Zu keiner Zeit ist öffentlich so deutlich geworden, dass unsere Gesellschaft beim Thema sexuelle Gewalt versagt (hat)!“

Gemeinsam können Politik, Fachkräfte unterschiedlicher Professionen und engagierte Menschen aus der Gesellschaft die Verbesserung schaffen!

© RückHalt e.V. – Projekt RückHalt-M (Ausschuss für Gleichstellung und Frauen des Landes NRW am 04.07.2019)

Danke für Ihre Aufmerksamkeit

Weitere Informationen über RückHalt e.V.

www.rueckhalt-beratung.de

www.rueckhalt-m.de

Beratungsstelle für von sexueller
Gewalt betroffene Männer

© RückHalt e.V. – Projekt RückHalt-M (Ausschuss für Gleichstellung und Frauen des Landes NRW am 04.07.2019)